



WILLI-EICHLER-
AKADEMIE e.V.

Willi-Eichler-Akademie e. V. und Willi-Eichler-Bildungswerk

Wir suchen den Dialog zu allen, die den politischen Diskurs im Sinne unserer Grundwerte führen und politisches Engagement als einen wichtigen Pfeiler unserer demokratischen Ordnung sehen.

Wir bieten Programme und Fortbildungen an, die die Teilhabe an der demokratischen Meinungsbildung ermöglichen. Neben allgemeinen politischen Themen richten wir uns aber auch mit einem Qualifizierungsprogramm an diejenigen, die sich engagieren wollen und hier Unterstützung und Fortbildung suchen.

Wir analysieren aktuelle Trends und nachhaltige Entwicklungen mit dem Schwerpunkt auf dem kommunalpolitischen Ehrenamt. Dies gilt sowohl für die persönliche als auch für die inhaltliche Qualifizierung. Im Rahmen eigener Projekte oder im Auftrag bietet die Willi-Eichler-Akademie eine fundierte Basis und Struktur für eine qualifizierte Auseinandersetzung mit Themen an.

Wir verstehen uns auch als Netzwerk und führen Entwicklungen, Themen und Personen innerhalb der Region zusammen. Dabei suchen wir die Zusammenarbeit mit anderen Bildungswerken in NRW und Partnern, die an ähnlichen Fragestellungen interessiert sind. Wir bieten unsere Leistungen an und suchen den Austausch von Ideen. Hintergrundgespräche und Networking-Veranstaltungen bieten den Raum für Gespräche und Begegnungen. Wir informieren über aktuelle Trends im Bereich der Public Affairs, der politischen Kommunikation und des politischen Campaigning. Dies geschieht durch Veranstaltungen, Publikationen, unseren Rundbrief und aktuelle Informationsangebote im Online-Bereich.

Impressum

Willi-Eichler-Akademie e.V.
Venloer Wall 15, 50672 Köln
Vorsitzender: Martin Schilling

Layout/Gestaltung und Druck
graphik und druck, Dieter Lippmann, Köln

Bildnachweise:
Willi-Eichler-Akademie; Christoph Busse

Helge Lindh

IMPULSE

Mehr Solidarität, mehr Sentimentalität,
mehr Mensch – Plädoyer für einen
neuen Republikanismus

MAI 2020

WWW.WEB-KOELN.DE



Mehr Solidarität, mehr Sentimentalität, mehr Mensch – Plädoyer für einen neuen Republikanismus

Wenige Sätze nerven mich so wie dieser: „Integration ist keine Einbahnstraße.“ Allein sein inflationärer Gebrauch weckt den Widerstandsgeist. Er ist ein Klassiker der Migrations- und Integrationsdebatte und findet sowohl bei denen Verwendung, die zum Ausdruck bringen wollen, dass die sogenannte Minderheitsgesellschaft mehr Anstrengungen unternehmen müsste, der sogenannte Mehrheitsgesellschaft entgegenzukommen, als auch bei denen, die zu signalisieren beabsichtigen, die sogenannte Mehrheitsgesellschaft hätte gegenüber der sogenannten Minderheitsgesellschaft ebenfalls eine Bringschuld. Ich halte wenig von den Logiken des Denkens in Minderheits- und Mehrheitsgesellschaften und genauso wenig von der Definition sozialer Beziehungen als reinen Tauschgeschäften und noch weniger vom Verständnis der Politik als Lieferdienst. Der Satz wird dem komplexen gesellschaftlichen Prozess, den wir begrifflich zu „Integration“ eindampfen, weder politisch noch psychologisch noch soziologisch gerecht. Spannend bleibt gleichwohl, dass in diesem Einbahnstraßen-Satz so etwas wie der Nukleus einer wichtigen Dimension von Solidarität steckt, die Wechselseitigkeit, das Prinzip der Reziprozität, die gar nicht zwingend realisiert werden muss, aber als potentielle, die im Ernstfall realisiert werden kann, im Raume steht.

Machen wir uns den Spaß und formulieren um: „Solidarität ist keine Einbahnstraße.“ Das grenzt an Tautologie und hat auch das Gepräge des analytisch wahren bzw. analytischen Satzes. Es ist etwas von Erläuterung und damit Erkenntnis darin und zugleich das Moment der Wiederholung, lugt doch die Reziprozität aus der Solidarität ebenso hervor wie auch der negierten Einbahnstraße,



ohne sich darin zu erschöpfen. Noch etwas tritt hinzu, das diese Leerformel und Floskel zu den schönen Abgründen der Solidarität hin öffnet. Solidarität des einen fordert, weckt und braucht Solidarität des anderen. Gesellschaftlich zündet diese geniale Form des Aufeinander-Beziehens und Füreinander-Einstehens so richtig aber erst, wenn der Dritte ins Spiel kommt.

Das Solidarprinzip als Fundament unseres Systems der gesetzlichen Krankenversicherung bedeutet z. B., dass ich für den anderen da bin und der andere für mich da ist. Dies funktioniert aber nur dadurch, dass viele gemeinschaftlich agieren und ihren jeweiligen Beitrag solidarisch leisten, so dass nicht der Einzelne sein eigenes Risiko absichert, sondern die Gemeinschaft. Wir tragen kooperativ dazu bei, dass die Person mit hohen Gesundheitsrisiken

nicht als wandelndes Risiko umherläuft und auf die Funktion als hohes Risiko und Angehöriger einer Risikogruppe reduziert wird, sondern als Mensch mit gleicher Würde gilt. Die Vielzahl von Individuen trägt dieses System, weil sie die Privatisierung von Verantwortung und Gefährdung nicht will. Zugleich beruht die Stabilität auch darauf, dass dem einzelnen selbst im Ernstfall die Unterstützung zugutekommt und er selbst eine Form von Wechsel auf die Zukunft eingeht. Alle haben etwas davon, ohne den maximalen Eigennutz auszurechnen. Altruismus und Egoismus gehen eine Allianz ein, die fast schon symbiotische Züge hat.

Wenn ich mich in Zeiten der Corona-Krise solidarisch verhalte, Rücksicht nehme, Schutzregeln einhalte, schütze ich das Leben der anderen Person, insbesondere derjenigen, deren Risiko von Ansteckung hoch ist, die also als erhöht vulnerabel einzuschätzen ist. Indem ich das tue, schütze ich zugleich alle anderen mit und in letzter Instanz mich selbst mittelbar und unmittelbar. Dass genügend Beatmungsgeräte zur Verfügung stehen und das Gesundheitssystem nicht kollabiert, ist zudem in meinem ureigensten Interesse, sollte ich einmal Patient sein. Sich solidarisch und das heißt praktisch und spieltheoretisch kooperativ zu verhalten, dient dem Eigennutz. Solidarität tötet kein Eigeninteresse, sie dient ihm sogar, solange es nicht absolut gesetzt wird und zum Götzen verkommt. Die immense Freiheit des Individuums in unserer sozialen Marktwirtschaft hat als Bedingung ihrer Möglichkeit die Solidargemeinschaft mit ihren Netzen und doppelten Böden. Das Ich kann sich ausleben, weil es sich vom Wir getragen weiß, auch wenn diese Voraussetzung in der Regel stillschweigend vorausgesetzt und bisweilen

vergessen wird. Die Freiheit genießt gleichwohl jeder abstrakt, längst nicht jeder gleichermaßen konkret.

Außerdem mutet uns Solidarität im Reallabor des gelebten Lebens mit der Kollision der Freiheit unterschiedlicher Individuen einiges zu. Jüngere sind aufgrund der Pandemie gehalten, sich zugunsten der Älteren zurückzunehmen und für deren noch stärker gefährdete körperliche Unversehrtheit Einschränkungen der eigenen Freiheit hinzunehmen. Ältere wiederum haben teilweise durch ein über die Eigenverantwortung hinausgehendes Regime der Ausgangsbeschränkung einen erheblichen Freiheitsverlust zu ertragen, dem einerseits der künftige Wiedergewinn von Freiheit durch Wahrung der Gesundheit, andererseits die Absage an Lebensqualität in Form sozialer Existenz und der hohe Preis der bei weitgehender Lockerung und Öffnung für die Allgemeinheit besonders gravierenden risikobegründeten Isolation gegenübersteht. Auf nukleare Teilhabe mag der Betroffene mehr oder minder leicht verzichten zu können, auf demokratische Teilhabe hat er einen Anspruch – ungeachtet seines Alters und seiner sozialen Lage.

An dieser Stelle ist der Augenblick gekommen, sentimental zu werden. Die höchstmögliche Form sozialdemokratisch gefärbter Sentimentalität ist die Berufung auf Willy Brandt und Erhard Eppler. Gerade weil dies so unrettbar vergangenheitstrunken und ritualisiert erscheint, mache ich es. Der Diskreditierung von Traditionen begegnet man am besten mit ihrer nachgerade aufreizenden Radikalisierung und Beschwörung. Niemand anderem als Eppler ist die vielleicht anschaulichste, poetischste Adaption der Solidarität überhaupt zu

verdanken, sie gelang ihm im Zuge seiner Würdigung des Godesberger Programms auf dem SPD-Bundesparteitag in Dresden am 15. November 2009. Mit dem Kniff, den legendären Satz von Godesberg „Freiheit und Gerechtigkeit bedingen einander“ auch auf die Solidarität zu beziehen, erfasst er den Kern der Solidarität als Grundwert: „Fragt mal einen Psychologen, wie das ist, wenn ein Kind in einer Familie aufwächst, in der die bedingungslose Solidarität der Eltern für die Kinder und der Kinder für die Eltern und der Geschwister für die Geschwister eine Selbstverständlichkeit ist. Diese Kinder sind, wenn sie ins Leben hinausgehen, sehr viel freier als andere. Je sicherer Menschen aufgehoben sind in einer Solidargemeinschaft, desto freier können sie sich bewegen und desto freier, weil gleichberechtigter, fühlen sie sich auch.“

Die Sicherheit von Solidarität macht uns erst frei, Solidarität fußt im idealtypisch Familiären, Solidarität entfaltet ihren Zauber über den Augenblick der Geborgenheit, die Erfahrung von Solidarität verleiht Stärke und ein Urvertrauen, das zu aufrechtem Gang ermutigt. „Liebe fragt nicht, Liebe ist“, singt Nena. Recht hat sie. Solidarität – in Bestform und nicht als Kalkül oder Restmodell – fragt nicht, Solidarität ist. Diese Qualität steht keineswegs im Widerspruch zu großer politischer Anstrengung, die ihre Ermöglichung fordert. Auch private Beziehungen bedürfen im Regelfall einiger Geduld und manch unermüdlicher Beziehungsarbeit.

Das Hamburger Programm der SPD liest sich wie die vorgezogene grundsatzprogrammatische Paraphrase der Eppler'schen Verneinung des Balkenschaukel-Denkens: „Konservative und Liberale spielen die Grundwerte nicht selten gegeneinander aus: je mehr Freiheit, desto weniger Gerechtigkeit und umgekehrt. Im sozialdemokratischen Verständnis bilden sie eine Einheit. Sie sind gleichwertig und gleichrangig. Vor allem: Sie bedingen, ergänzen, stützen und begrenzen einander. Unser Verständnis der Grundwerte bewahrt uns davor, Freiheit auf die Freiheit des Marktes, Gerechtigkeit auf den Rechtsstaat, Solidarität auf Armenfürsorge zu reduzieren.“

So wäre auch jede Subsummierung von „Solidarität“ unter „Almosen“ und „Armenfürsorge“ ein krasses, beinahe unverzeihliches Missverständnis. Es ist hier nicht der Ort, diese Debatte zu führen, nur so viel: Die Vertafelung der Bundesrepublik - angesichts der Corona-Krise nochmals von besonderer Brisanz, aber längst davor nicht minder – kann kein Staatsziel einer solidarischen Republik sein. Die

Selbstabschaffung der Tafeln wäre die schönste Nachricht. Dass der Bedarf immer noch und sogar erhöht besteht und dass ihr Funktionsprinzip unweigerlich Abhängigkeiten schafft und verstärkt und betoniert, kann uns keine Ruhe lassen.

War Eppler nun die Vorstufe der höchstmöglichen Sentimentalität auf der Suche nach dem Wesen der Solidarität, so ist Willy Brandt unzweifelhaft ihre Apotheose. Angestachelt von Klaus Harpprecht brachte Brandt das englische „compassion“ in den politischen Diskurs ein. Willy definierte sie als „die Bereitschaft, mitzuleiden, die Fähigkeit, barmherzig zu sein, ein Herz für den anderen zu haben. Die Menschlichkeit braucht zuletzt immer den Einzelnen. Aber die Gemeinschaft kann die organisatorischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen schaffen, menschlicher zu sein und den Schwachen zu schützen.“

Vor wortwörtlicher Übersetzung sei in der Regel gewarnt, doch hier macht sie Sinn und erlaubt den Einstieg in ein Gefühl für Solidarität, das dringend notwendig ist, um nicht auf halber Strecke der reinen Kognition hängen zu bleiben. „Com-passion“, also „Mit-Leidenschaft“, verrät, wofür es geht: um Miteinander, um Mitleid im umfassenden und nicht herablassenden Sinne, um Leiden, um Leidenschaft. All das steckt in einem Konzept von Leidenschaft, das die „Verzweigung“, pardon, des Politischen zur Kunst des Machbaren und zur reinen Technokratie pragmatisch überwindet. Akzent auf „pragmatisch“, denn wir reden nicht von einem bloßen Glücksfall der Geschichte, offenbart im Charisma Willy Brandt, wir reden von einem Anspruch, der sich einlösen lässt und der Wirklichkeit beansprucht.

Solidarität als Kunst der Schaffung der organisatorischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, menschlicher zu sein, ist radikal modern, zutiefst gegenwärtig und anstößig avantgardistisch.

Nicht ohne Grund beschwor ich oben so leidenschaftlich das Sentiment. Denn in der Freiheit zur Sentimentalität ohne schlechtes Gewissen findet sich das gewisse Etwas der Solidarität, das als „remedium utriusque fortunae“ (Petrarca), als Heilmittel gegen Glück und Unglück, gerade auch gegen Glück und Unglück des Vulgäregoismus und des grassierenden, seuchenhaften Populismus höchst effizient und effektiv ist. Wer die Schrumpfmotive von „Demokratie“, wie sie insbesondere die Rechtspopulisten und die Anbeter des Autoritären jeglicher weltanschaulichen

Lager, die sich alle selbst demokratisch nennen und mit Vorliebe innerhalb der Demokratie mit Mitteln der Demokratie im Namen der Demokratie die Abschaffung der Demokratie betreiben, mit der Frontstellung eines nackten Mehrheitsprinzips und eines völkischen Ego-Chauvinismus feiern, befürwortet, der kann mit Solidarität nichts anfangen.

Stattdessen plädiere ich als Apologet und Liebhaber der Solidarität für einen neuen Republikanismus. Denn Republik in diesem demokratisch erwachsenen und gleichzeitig Sturm-und-Drang-jugendlichen Sinne ist mehr als Mehrheit: nämlich Volkssouveränität und Minderheitenschutz und Rechtsstaat und Gewaltenteilung und Gemeinwohl. Die „öffentliche Sache“ der Republik, die den Menschen die Sicherheit gibt, frei zu sein und sein zu dürfen, ist ein Hybrid. Sie bedarf politischer Verfahren, eines ausgeklügelten Parlamentarismus, entwickelter Institutionen, aber sie bedarf auch des Faktors Mensch. Politische Fragen und Antworten, die den Menschen die Nähe dörflicher Beziehungen, den Verzicht auf Komplexität, Statik, Strukturpersistenz, Transformation und Migration vorgaukeln, sind Scharlatanerie, sind täuschend, heuchlerisch, brandgefährlich. Die Gesellschaft in ihren Brüchen, Zerrissenheiten und Dynamiken zugunsten einer einfachen Idylle zu leugnen, ist das Ende von Politik.

Dennoch ist der familiäre Augenblick der bedingungslosen Solidarität gerade heute unverzichtbar. Die Sehnsucht nach „Gemeinschaft“, um eine Begrifflichkeit von Ferdinand Tönnies zu bemühen, ist keine Schande, sondern zutiefst menschlich. Gerade zivilgesellschaftliche Zusammenhänge, wiederauflebende neunachbarschaftliche Mechanismen und Lebensmodelle, genossenschaftliches Denken, der Moment, in dem der depravierte und als Unterschicht denunzierte deutsche Bürger erkennt, dass die neue Nachbarin aus Syrien nicht Konkurrentin und Feindin, sondern Schicksalsgenossin und Alliierte ist, die ähnlich träumt, zum unwiderstehlichen Essen einlädt, die gleiche Wut der Verlorenheit spürt und genauso nach Selbstbestimmung als Mensch und nicht als Exponentin einer ethnischen, religiösen oder sonstigen Kategorie strebt, sind Oasen von Solidarität und Gemeinschaft, die wir wollen sollten, anstatt sie zu fürchten oder outzusourcen.

Der Demokratie die Solidarität wieder einzutreiben mit Hilfe eines neuen Gesellschaftsvertrages der Kooperativität, eines wirklichen neuen und auch mit gehörigem



Pathos geschlossenen Bündnisses von Politik und Bürgerschaft, durchaus unter Zuhilfenahme deliberativer Verfahren wie Bürgerräten, solange sie wesentlich klüger handwerklich gemacht sind als bisher und endlich nicht mehr die Besser-Beteiligten noch besser beteiligen und die Schlechter-Beteiligten noch schlechter, das ist das Gebot der Zeit.

Kurzum: Wir brauchen einen neuen Republikanismus – mehr Solidarität, mehr Sentimentalität, mehr Mensch. ■

Helge Lindh ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Wuppertal I und Mitglied im Innenausschuss sowie im Ausschuss für Kultur und Medien.